

Tauchclub Extertal e.V.

Mitglied im Verband Deutscher Sporttaucher e.V.

VDST-Mitgliedsnr.:08/0058

Stand: 25/05/2018



Datenschutzhinweis für Mitgliederlisten des Tauchclub Extertal e.V.

Die unmittelbare Kommunikation der Vereinsmitglieder untereinander ist ein elementarer Bestandteil des Vereinswesens und ein zwingend erforderliches Instrument zur Förderung eines meinungsbildenden Diskurses innerhalb des Vereins. Das Interesse der Vereinsmitglieder an der Kommunikation mit anderen Vereinsmitgliedern kann hierbei jedoch mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung der anderen Mitglieder kollidieren.

Vereinsmitglieder müssen sich dennoch nicht auf die bloße Übermittlung ihrer Anliegen durch die entsprechenden Organe des Vereins beschränken lassen. Vielmehr sind die Vereine verpflichtet, die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu anderen Vereinsmitgliedern zu schaffen. Dies kann geschehen, indem die erforderlichen Kontaktdaten den Vereinsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Dabei muss letztlich die freie Auswahl der Kommunikationsmittel durch die Vereinsmitglieder gewahrt bleiben, da einzig diesen die Entscheidung obliegt, welches Mittel die Kommunikation am zielführendsten gewährleistet.

Die Rechtsprechung verortet bei den einzelnen Vereinsmitgliedern nicht nur den Anspruch gegen den Verein auf die Übermittlung von Anschriften, sondern auch zur Übermittlung von Geburtsdaten, Berufsangaben bzw. Branchen- oder Geschäftsbezeichnungen. **Die Übermittlung solcher Daten berühre keine besonderen Belange der Mitglieder und des Vereins, wenn die Vereinsmitglieder in freier Entscheidung über den Eintritt in oder den Austritt aus dem Verein entscheiden können. Die Auskunft ist keineswegs daran gebunden, dass ein Mitglied ausdrücklich der Weitergabe zugestimmt hat. Bereits durch Eintritt einer Person in einen Verein entsteht ein berechtigtes Interesse anderer Vereinsmitglieder, unmittelbar mit dieser beitreten Person in Kontakt zu treten – ohne einen Umweg über den Vorstand des Vereins.**

Im Einzelnen

Die datenschutzrechtliche Zulässigkeit einer Datenverarbeitung bestimmt sich nach dem im Datenschutzrecht vorherrschenden Prinzip des Verbots mit Erlaubnisvorbehalt. Nach § 4 BDSG und den entsprechenden Normen spezialgesetzlicher Datenschutzregelungen sind grundsätzlich alle datenrelevanten Maßnahmen rechtswidrig, es sei denn, ein gesetzlich normierter Erlaubnistatbestand oder die Einwilligung des Betroffenen rechtfertigen sie.

Nach § 28 Abs. 1 Nr. 2 BDSG ist das Erheben, Speichern, Verändern oder Übermitteln personenbezogener Daten oder ihre Nutzung als Mittel für die Erfüllung eigener Geschäftszwecke die zulässig, soweit es zur Wahrung berechtigter Interessen der verantwortlichen Stelle erforderlich ist und kein Grund zu der Annahme besteht, dass das schutzwürdige Interesse des Betroffenen an dem Ausschluss der Verarbeitung oder Nutzung überwiegt. Entsprechendes gilt nach § 28 Abs. 2 Nr. 2a BDSG auch hinsichtlich der Übermittlung oder Nutzung für einen anderen Zweck.